

Deutschland.

Berlin, 22. April. Gutem Vernehmen nach dürfte es feststehen, daß Sr. Maj. der König zu der gewohnten Frühjahrskur in diesem Jahre nicht ein Bad besuchen, sondern sich darauf beschränken wird, hier in Babelsberg den verordneten Brunnen zu trinken. Eine Abänderung dieses Allerhöchsten Entschlusses wäre wohl nur dadurch möglich, daß in der kurzen Zeit bis zum Beginne der Saison eine vollständige Klärung des politischen Horizontes eintrete. Bis jetzt kann diese Klärung selbstredend als noch keineswegs vorhanden betrachtet werden, wenn auch Oesterreich durch die am Freitage hier abgegebene Depesche die so lange gelegenen Truppen-Dislokationen und sonstigen Kriegsvorbereitungen zugestanden und deren Rückgängigmachung zu nahem Termin versprochen hat. Eine brennende Zwischenfrage scheint dadurch augenblicklich beigelegt, die Hauptfrage selber bleibt in ihrer ganzen Größe und Schwierigkeit auf der Tagesordnung. — Die Genesung des Herrn Ministerpräsidenten muß allen Nachrichten zufolge als eine höchst durchgreifende bezeichnet werden, und scheint diese glückliche Wendung wohl wesentlich dadurch eingetreten, daß Dr. Struwe den Patienten vermocht hat, seiner unermüdbaren Berufstätigkeit wenigstens soweit für kurze Zeit sich zu entziehen, daß dadurch eine wirkliche medizinische Behandlung überhaupt möglich wurde. Die rasche Dekoration des Frankfurter Arztes hat hier, zumal gegenüber den bekannten Gerüchten von der unsicheren Stellung des Grafen Bismarck, als ein neues Zeichen besonderer Allerhöchsten Theilnahme für den hochverdienten Staatsmann auch in politischer Beziehung Aufmerksamkeit erregt. — Die „National-Zeitung“ thut heute im höchsten Grade erstaunt darüber, daß die „Provinzial-Corresp.“ auf den unmittelbaren Zusammenhang der preussischen Militärfrage mit der über die Bundeskriegsverfassung, also unseres inneren Konfliktes mit der deutschen Frage hingewiesen hat, und begreift nicht diese „wunderbare Eintracht“ des Regierungsorganes mit der Zeitung selber. Dieselbe vergißt nur dabei gänzlich, daß seiner Zeit die offiziöse Broschüre „Ein preussisches Wort“ und eben auch die „Prov.-Corresp.“ bei Besprechung dieser Schrift wiederholt auf den innigen und solidarischen Zusammenhang jener beiden Fragen aufmerksam gemacht, ja daß auch der Herr Kriegsminister in seiner Rede im Abgeordnetenhaus am 28. April v. J. sehr eingehend über jenen wichtigen Punkt sich geäußert und namentlich hervorgehoben hat, wie das natürliche Supplement der preussischen Armee die deutsche Wehrkraft sei, und eben weil diese zur Zeit uns fehle, die preussische für dieselbe helfend eintreten müsse. — In Betreff der Erwählung des Prinzen Carl von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien berichtet die „K. Z.“ freilich schon unter dem 18. aus Berlin sehr kategorisch und mit gesperrter Schrift, daß die Ablehnung der getroffenen Wahl bereits erfolgt sei. Diese Nachricht muß aber auch heute noch als entschieden verfrüht bezeichnet werden: Die Ablehnung ist noch nicht erfolgt, und dürfte die Entscheidung wohl noch von allerlei Erwägungen abhängen. Diese Erwägungen werden sich nicht sowohl auf die Interessen des preussischen Staates beziehen, welcher der Angelegenheit gänzlich ferne steht, am allerwenigsten aber jene Kandidatur (wie eine Pariser Korrespondenz der „Independ. b.“ lügenhafterweise behauptet) seinerseits befördert hat; als vielmehr auf die Interessen der kaiserlichen Linie des Hauses Hohenzollern und auf den Grad der Wahrscheinlichkeit, mit welchem sich eine Befestigung der anzutretenden Regierung hoffen läßt. Wenn sich auch von einem Prinzen aus dem hohenzollernschen Hause in keiner Weise etwas Anderes erwarten läßt, als die vollste Rücksichtnahme auf Preußen, so sind doch die beiden angegebenen Kategorien von Interessen keineswegs als identisch zu betrachten, und es ist wohl nur den ängstlichen Besorgnissen Oesterreichs zu verdanken, daß die preussische Regierung und deren Absichten durch die Zeitungen überhaupt in die Sache hineingezogen sind. — Ein Gesetz über den bei dem Eintritte von Hülfskräften zu leistenden Schadenersatz, dessen Emanation seiner Zeit von den Blättern als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde, befindet sich noch in Beratung und bedarf noch eingehender Erwägungen. Nach dem rheinischen Gesetze ist nämlich für den in Rede stehenden Schaden der Eigentümer des Hauses verantwortlich, insofern dieser durch mangelhafte Unterhaltung des Gebäudes oder durch Fehler in der Bauart den Eintritte verschuldet hat. Nach dem Alg. Landrecht dagegen hat der Eigentümer nur dann für den Schaden aufzukommen, wenn ihm eine absichtliche oder verschuldeterweise begangene rechtswidrige Handlung, oder die Unterlassung einer Zwangspflicht nachgewiesen werden kann. Zunächst hat sich nun die Untersuchung auf die Frage erstreckt, in wie weit sich das rheinische Gesetz in der Praxis bewährt hat, namentlich ob einerseits nach Maßgabe desselben dem Beschädigten stets rasch und sicher die nötige Entschädigung zu Theil geworden, und andererseits, ob das Gesetz nicht zu Ungerechtigkeiten gegen den Eigentümer, besonders gegen spätere Erwerber geführt habe. — Die preussische General-Kommission für die Pariser Ausstellung hat bei der dortigen Kommission beantragt, daß die lästige Bestimmung, nach welcher der Bestand des ausgestellten Viehes sieben Monate lang erhalten werden soll, abgeändert und die Zeit der Viehausstellung auf vier Wochen beschränkt werde.

Berlin, 22. April. Sr. Maj. der König begab sich am Freitag Nachmittag in das auswärtige Amt, hatte dort eine lange Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck und erst am Abende im Opernhause. Gestern Vormittags stattete Sr. K. H. der Prinz Friedrich Karl im königl. Palais einen Besuch ab und wurde darauf empfangen der Ober-Jägermeister Graf v. d. Assenburg und der aus Schleswig hier eingetroffene neu ernannte Amtmann Sarauld. Hierauf arbeitete Sr. Maj. mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Militär-Kabinet und nahm alsdann die

Vorträge des Kabinettsraths v. Müllers und des Geh. Hofraths Bock entgegen. Nachmittags nahm der König das neue Gebäude der Erziehungsanstalt für sittlich verwahrloste Kinder in Augenschein, konferirte darauf mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck, welcher zuvor im auswärtigen Amt eine Minister-Konferenz abgehalten hatte, und fuhr dann mit Ihrer Maj. der Königin zum Diner nach Charlottenburg. Abends fand im K. Palais eine Theeegesellschaft statt.

Der Minister-Präsident Graf Bismarck empfing gestern Vormittag den österreichischen Gesandten Grafen Karolyi, der in den letzten Tagen auch Zusammenkünfte mit mehreren Mitgliedern des diplomatischen Korps hatte.

Das Handelsministerium macht durch den „St.-Anz.“ bekannt, daß der Vertrag zwischen dem Zollverein und Bremen vom 14. Dezember v. J. allseitig ratifizirt worden und in den nächsten Tagen publizirt werden wird.

Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält eine allgemeine an sämtliche Gerichtsbehörden gerichtete Verfügung des Justizministers vom 16. April 1866 — betreffend die Beschaffung von Staatsschuldscheinen im Betrage von fünfzig Thalern zum Behuf der Bestellung von Amtskautionen.

In militärischen Kreisen sieht man mit nächster Zeit einem Personenwechsel in dem Oberkommando des 4. (sächsischen) Armeekorps entgegen. Es verlautet, daß der zeitige Kommandeur, General der Infanterie v. Schaf, mit dem Range eines Feldmarschalls in den Ruhestand tritt, und zu seinem Nachfolger der General-Lieutenant Freiherr v. Moltke, Chef des Generalstabes der Armee, designirt sei. Als Nachfolger des Letzteren bezeichnet man den ersten Bevollmächtigten bei der Militär-Bundeskommission in Frankfurt a. M., General-Lieutenant v. Voigts-Nhög.

Berlin, 22. April. Die „Neue Franzf. Z.“ läßt sich „vom Rhein“ über die bekannten Versuche zum Sturze des Grafen Bismarck Folgendes schreiben: „Etwas Wahres ist daran, daß mehr gut gemeinte als geschickte Bemühungen thätig gewesen sind, den König von Preußen über die „Verderblichkeit“ seines Premierministers aufzuklären. Eine vielgenannte und vielgeschätzte fürstliche Persönlichkeit schrieb an König Wilhelm einen für Herrn v. Bismarck wenig schmeichelhaften Brief, dem, wahrscheinlich durch Bersehen, ein vertrauliches Schreiben eines ihr verwandten hochgestellten Staatsmannes (Graf Mensdorff?) beilag. Beide Briefe gelangten sofort in Bismarcks Hände und besetzten dessen Stellung, anstatt sie zu erschüttern. Ein geistvoller mittelstaatlicher Staatsmann bemerkte bei Empfang der Nachricht von dieser Briefgeschichte „Welche Thorheit!“ Jeder Nachfolger Bismarcks muß dessen innere Erbschaft repudiren und seine auswärtige Erbschaft antreten; er wird um die erstere leichter, also für die letztere stärker, folglich uns gefährlicher als Bismarck. Sein Sturz kann uns nur dann etwas helfen, wenn er durch seine eigene Politik, nicht durch Andere fällt.“ (Dies Urtheil zeugt allerdings für einen Mann, der zehnmal verständiger ist, als all die mittelstaatlichen u. Phantasten, die sich einbilden, nach dem etwaigen Sturze des Grafen Bismarck würde ihr Weizen blühen. Gerade umgekehrt würde es sein!)

(K. - Z.) In dem Befinden des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck ist, wie wir zuverlässig hören, eine sehr erfreuliche Besserung eingetreten. (Wir wollen hier gleich hinzufügen, daß Sr. Maj. der König Allerhöchste Theilnahme hieran durch sofortige Verleihung des Rothens Adlerordens an den jetzt hier anwesenden Sanitätsrath Dr. Struud aus Frankfurt a. M. zu befehlen geruht haben.)

Die „K. - Z.“ schreibt: Die Mittheilung hiesiger Blätter, daß in der Leitung des literarischen Bureaus und insbesondere der „Provinzial-Korrespondenz“ eine Aenderung eingetreten oder beschloffen sei, ist, so viel wir wissen, unbegründet.

Aus Wien vom 20. wird auswärtigen Zeitungen telegraphirt: Es bestätigt sich, daß Oesterreich zuerst entlassen will, indem es am 25. April damit beginnen würde, in der Erwartung, daß Preußen am andern Tage, dem 26., seinerseits mit der Abrüstung beginnen werde. Die offizielle Antwort Oesterreichs soll heute in Berlin erwartet werden. So verlautet aus mittelstaatlichen und österreichischen Kreisen. Preußen wird wahrscheinlich darauf eingehen. Uebermorgen, den 22., soll eine Würzburger Konferenz zusammengetreten, in welcher vertreten sein werden: Darmstadt, Nassau, Württemberg, Baden, Bayern, Sachsen. Anderweitig verlautet, Preußen werde bei seinem Antrage der Parlamentarberufung mit bestimmtem Termine vor der speziellen Verhandlung über die Reformvorlagen unbedingt stehen bleiben, wahrscheinlich sogar seine weitere Verhandlung mit dem gegenwärtigen Bunde davon abhängig machen.

Es sollen wieder neue Verbote auswärtiger Zeitungen bevorstehen.

Königsberg, 20. April. Die „K. H. Ztg.“ berichtet Folgendes: Am Mittwoch forderte Kriminal-Polizei-Inspektor Jagielski dem Kommerzienrath Warlentin in dessen Wohnung das Manuskript ab, von welchem Letzterer am Dienstag in der General-Versammlung der Königsberger Kaufmannschaft als erster Beisitzer seine Rede abgelesen hatte, unter Androhung einer Hauszuchung, falls sich Herr Warlentin zur gutwilligen Herausgabe des Manuskripts nicht verstehen sollte. W. kam ohne Weiteres dem Verlangen des Beamten nach, welcher, wie wir hören, auf Requisition der Königl. Staatsanwaltschaft gehandelt hat.

Aus Schleswig, 17. April, berichtet der „A. M.“: Gestern Abend trafen die ersten Reserve-Mannschaften der beiden hier in Garnison liegenden Bataillone des 2. schlesf. Gred.-Reg. Nr. 11, sowie zwei Munitions-Kolonnen des schlesfischen Feld-Artillerie-Reg. Nr. 6 nebst Bedienungsmannschaften, im Gefammtbelauf etwa

900 Mann, mittels zweier Extrazüge hierher ein. Ein lebhafteres Treiben von Schaulustigen u. sah man nicht seit 2 Jahren, wo uns Oesterreichs und Preußens Söhne die Befreiung von der Dänenherrschaft brachten. Die Infanterie-Reserven sind in hiesiger Stadt bei den Bürgern einquartiert worden. Die Bedienungsmannschaften der hier angelangten Munitions-Kolonnen sind auf die in der nahen Umgebung der Stadt belegenen Dörfer verlegt worden.

Dem „A. M.“ zufolge ist das dem Grafen A. Baudissin erteilte Kommissorium, die Dünen-Kultur und Dünenegese in Holland zu studiren, fernerweit verlängert worden. Baudissin soll bereits vor einigen Wochen nach seiner Rückkehr aus Holland einen sehr ausführlichen Bericht über seine gemachten Erfahrungen, sowie sich daran knüpfende Vorschläge, die Dünen der Westsee-Inseln zu kultiviren, der Regierung eingereicht haben, auf Grund deren er selbst, sowie ein gewisser Landmesser Clemens (ein geborener Schleswiger, der ihm als technischer Rath beigegeben) die Dünenarbeiten, die durch den eingetretenen Winter unterbrochen werden mußten, nunmehr wieder aufnehmen wird.

Dresden, 20. April. Mit Ende dieses Monats wird, den „Dr. N.“ zufolge, die bisher am Hofe der königlichen Großeltern hierher erzogene achttjährige Erzherzogin Antoinette (Tochter des Großherzogs Ferdinand IV. von Toscana und der verstorbenen Erzherzogin Anna, geb. Prinzessin zu Sachsen), behufs einer Kur nach Wien übersiedelt. (Von einer derartigen Uebersiedelung war schon einmal die Rede, als nämlich der sächsische Hof das Königreich Italien anerkannt hatte.)

Kassel, 20. April. Die „Kass. Ztg.“ schreibt: Heute Morgen erhalten wir die traurige Nachricht von dem gestern Abend erfolgten Ableben des kurfürstlichen Legationsrathes, Herrn Dr. Carl von Kaltenborn. (Der Verstorbene, früher in Königsberg Professor, wurde vor wenigen Jahren erst nach Kurhessen berufen.)

Frankfurt, 19. April. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers ist auf's Neue der Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels eingebracht und zum Beschluß erhoben worden.

Karlsruhe, 19. April. Man schreibt aus Heidelberg: Mit der Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit soll es im Laufe des Sommers Ernst werden. Die betreffenden Fälle sollen den gewöhnlichen bürgerlichen Behörden übertragen werden, und nur eine Anzahl von Disziplinarfällen soll der akademischen Gerichtsbarkeit verbleiben.

Wien, 19. April. Der Kaiser antwortete der Pesther Deputation, er werde Pesth besuchen, falls der Frieden erhalten werde. (Eine Pesther städtische Deputation war nämlich nach Wien gekommen, um dem Kaiser für die Bewilligung der Entfernung der ärarischen Pulverbürme aus dem Rayon der Stadt den Dank der Stadt auszubringen.)

Wien, 19. April. Die offiziöse „Wiener Abendpost“ gab der durch den Stuttgarter Staatsanzeiger mitgetheilten Depesche ein Dementi, aber — das Morgenblatt der amtlichen „Wiener Ztg.“ theilt die (bekannte) Analyse dieser Depesche ohne irgend welche Bemerkung mit. Freilich diese zwei Theile unseres „Moniteurs“ haben verschiedene Redakteure, aber dessen ungeachtet bleibt der Widerspruch auffallend. Jedenfalls ist die Veröffentlichung der „Wiener Zeitung“, welche durch die Anerkennung, die die offiziöse „Debatte“ der Depesche zu Theil werden läßt, eine noch größere Bedeutung erhält, von unsrer öffentlichen Meinung freudig begrüßt worden. Die „Presse“ und die „Österreichische Post“ versichern, seit Langem keine solche Herzsärtung erhalten zu haben als die durch diese Depesche gebotene; die konservativeren Minister Belcredi und Egerhazy aber mögen, aufgeschreckt durch diesen Beifall unserer Liberalen und Demokraten, bereits zu der Einsicht gekommen sein, daß ein gewisser Staatsmann wieder einmal einen rechten „Streich“ gemacht hat. Uebrigens ist der Preußenhaß hier so stark, daß auch Absolutisten von reinstem Wasser die Depesche loben; ist sie ihnen doch ganz darauf berechnet, Preußen eine Verlegenheit zu bereiten, ja es zu isoliren!

Olmütz, 18. April. Die „Neue Zeit“ schreibt: Nach den hier verbreiteten Gerüchten soll Sr. Maj. der Kaiser Sonnabend früh auf der Durchreise mit einer ganz kleinen Suite in Olmütz ankommen und sich daselbst einen Tag aufzuhalten gedenken. Allerhöchstselbe hat sich jede Empfangsfeierlichkeit, selbst die Ausstellung einer Ehrenkompagnie verboten und wird das Absteigequartier bei dem Festungs-Kommandanten Frhrn. v. Bernier nehmen. (?)

Prag, 18. April. (D. A. Z.) Den gegenwärtigen Moment, da kriegerische Gerüchte die Luft erfüllen, hielten die czechischen Nationalen geeignet, um dieser Tage an die Realisirung eines schon lange gehegten Projekts zu schreiten, nämlich die Einführung des czechischen Kommandos bei der bewaffneten Bürgergarde. In einem bevorstehenden Kriege kann dieser Garde vielleicht die Aufgabe zufallen, die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten und darum sollte so rasch als möglich die czechische Sprache statt der bisher geführten Deutschen das Kommandowort erhalten. In der Ausschussung des Bürgerkorps, welche über diesen Gegenstand berieth, ging es sehr lebhaft her. Der Kommandant Steffel erklärte jedoch, daß das Bürgerkorps eine gleiche Organisation wie das „K. R.“ Militär habe und daher auch in gleicher Weise wie dieses das deutsche Kommando führen müsse, widrigenfalls er auch auf seine Stelle resigniren müßte. Diese Argumentation verfehlte nicht ihre Wirkung und der Ausschuss entschied sich mit überwiegender Majorität für Beibehaltung des deutschen Kommandos. — Dieser Tage ist einem czechischen Komite die Bewilligung erteilt worden, einen Verein czechischer Aerzte und Naturforscher zu gründen. Der Verein soll einen Schritt weiter auf der Bahn der Nationalisirung der Wissenschaft thun. Die Mitglieder sollen all-

jährlich in einem anderen Ort Böhmens, Mährens und Schlesiens ihre Wanderversammlungen halten, in ähnlicher Weise wie die deutschen Naturforscherversammlungen stattfinden.

Ausland.

Paris, 21. April. Gegenüber dem „mit Ungebuld ausgesprochenen“ Wunsche der Journale, die französische Regierung möge sich über ihre Stellung zur deutschen Angelegenheit erklären, erinnert ein von Limayrac gezeichneter Artikel des „Constitutionnel“ daran, daß Frankreich weder direkt noch indirekt an dem Streite theilhaftig sei. Die Regierung des Kaisers habe durchaus keine Veranlassung sich einzumischen; sie sei einfacher Zuschauer des Konflikts und verfolge nur die verschiedenen Phasen desselben mit wachsamem Auge und mit derjenigen Sorgfalt, welche sie allen wahrhaft wichtigen Thatsachen der auswärtigen Politik widme. Die französische Regierung könne kein Urtheil über einen Konflikt abgeben, welcher so viele Phasen durchgemacht habe und fast täglich eine veränderte Gestalt annehme; sie könne besonders dieses Urtheil nicht öffentlich aussprechen, ohne in dem Streite selbst Partei zu nehmen. — Der Artikel folgert schließlich aus den bisher ausgewechselten diplomatischen Schriftstücken, aus den sich kundgebenden Gesinnungen der Bevölkerungen und aus der Haltung der Mittelstaaten, daß die Lage wenigstens eben so viele Aussichten für den Frieden als für den Krieg biete.

Italien. Aus Paris vom 19. d. schreibt man der „Kr.-Ztg.“: Die Nachrichten aus Italien lauten einstimmig dahin, daß es dort zu kriegerischen Ereignissen kommen werde, falls ein Krieg in Deutschland ausbreche. Das Tuilerien-Kabinet ist davon keineswegs überrascht und wenn das Publikum, anstatt sich durch die österreichischen Gerüchte betören zu lassen, zwischen den Zeilen des Moniteurs zu lesen versteht, so würde es den wahren Sinn eines vor länger als acht Tagen schon in dem amtlichen Blatte veröffentlichten „Briefes aus Florenz“ begriffen haben — ich machte Sie sofort aufmerksam darauf — in welchem der Ton darauf gelegt war, daß Italien als Nationalität einem Konflikte im mittleren Europa nicht fremd bleiben könne. Gewiß ist dem Kaiser Napoleon ein Krieg in Italien jetzt nicht willkommen; aber, nachdem er selbst den Italienern das Programm „frei bis zur Adria“ vorgezeichnet hatte, kann er ihnen nicht verbieten, eine sich ihnen darbietende Gelegenheit, ihr Glück zu versuchen, zu ergreifen. Besonders groß scheint die Thätigkeit im italienischen Marineministerium zu sein.

St. Petersburg, 17. April. [Ueber das Attentat.] Man kann mit Recht sagen, daß Gott das Leben des Kaisers auf wunderbare Weise behütet hat. Der Verbrecher wollte sich der Kalesche des Kaisers durch eine Nebenthür des Sommergartens nähern. Wäre ihm dies gelungen, so hätte nichts die Ausführung des Mordanschlags hindern können. Glücklicherweise war jene Thür verschlossen, der Verbrecher mußte einen kleinen Umweg machen und so konnte der Mühenmachergeselle Dsiff Kommissarow durch einen Schlag auf den Arm des Mörders den Anschlag vereiteln. Der Kaiser hörte, als er in die Kalesche stieg, einen Schuß und die Worte: Boshe moy (mein Gott); er glaubte, Jemand habe sich selbst erschossen, bald sah er aber, wie das Volk über den Verbrecher herfiel, er befahl, denselben festzunehmen und auf die Hauptwache zu führen. — Der Ketter ist ein 21jähriger ehemaliger Bauer des Barons v. Küster, aus dem Gouvernement Kofroma. Man rief ihn auf das Winterpalais, der Kaiser umarmte den Glücklich und machte ihn zum erblichen Edelmann. Sogleich wurde eine Subskription eröffnet, um den neuen Edelmann zu dotiren, und schon nach wenigen Stunden waren zu diesem Nationalbank über 300,000 Rubel gezeichnet. Auch die junge Frau Kommissarows wurde gerufen, ihren Majestäten vorgestellt und reich beschenkt entlassen. Man will nun Kommissarow, der ein ordentlicher, intelligenter Mann sein soll, eine seinem neuen Stande entsprechende Erziehung geben. Ueber den Verbrecher ist noch nichts Genaueres bekannt. Er soll zuerst für einen Bauernsohn aus dem Wolhynischen, Alexejew oder Petroff mit Namen, ausgegeben haben; man vermutet aber jetzt, daß er ein Student der hiesigen Universität ist, und zwar ein Mitglied der hiesigen Sozialisten, welche unter dem Namen der Nihilisten bekannt sind. Diese ziemlich zahlreiche Clique hat namentlich unter den jungen Leuten der Universität, der Rechtsschule und der medizinischen Akademie einen großen Anhang gefunden. Die Nihilisten sind nicht allein scharlachrothe Demokraten, sondern sie verachten auch alle Religion, die Ehe und die Staatseinrichtungen. Die Ehe ersetzen sie durch ein kontraktliches Zusammenleben auf Monate oder Jahre. Zur Umwälzung des Staates bereiten sie sich mit besonderer Gründlichkeit vor. Ein zu der Clique gehöriger Dsiffizier soll den jungen Leute Vorträge halten, wie man Barrikaden in den Straßen bauen und solche gegen das Militär vertheidigen müsse. Uebrigens wurden mit dem erwähnten Verbrecher noch zwei andere Individuen verhaftet, welche demselben Zeichen gemacht haben sollen.

Pommern.

Stettin, 23. April. Gestern Abend gegen 1/2 7 Uhr brach in der Breitenstraße Nr. 19 Feuer aus. Da in der zweiten und dritten Etage Niemand zu Hause war, wurde das Feuer erst bemerkt, als schon aus allen Lufen des obersten Bodens dicker Rauch und Flammen hervordrang. Die möglichst schnell auf der Brandstelle erscheinende Feuerwehr fand schon sämtliche obere Räume, den ersten, Mittel- und Oberboden, als ein Feuermeer, die Boden-treppen standen bereits alle drei in Flammen. Dennoch gelang es derselben, mit Hilfe der Wasserleitung, des Feuers nach einer halben Stunde vollständig Herr zu werden, und konnte schon um halb 9 Uhr mit Spritzen ganz aufgehört werden. Wunderbarer Weise ging nun die Feuerwehr davon, ohne die übliche Feuerwache aufzustellen. Es hatte sich jedoch noch Feuer in dem Dachstuhl des Nachbarhauses Nr. 18 verborgen, dies brach mitten in der Nacht aus. Die Feuerwehr wurde daher nochmals in der Nacht 1/4 1 Uhr herbeigerufen, inzwischen mühten die Hausbewohner sich vergeblich mit Löschern ab. Der Feuerwehr gelang es bald, den brennenden Sparrentopf durch eine Handspitze zu löschen. Wie leicht hätte aber durch Unterlassen einer Brandwache größeres Unglück entstehen können.

Holzstraße Nr. 14 erhängte sich gestern Abend zwischen 5 und 9 Uhr der dem Trunk ergebene arbeitscheue Schiffsarbeiter Karl Göhren.

Am Sonnabend wurde das 25jährige Dienstjubiläum der Herren Lehrer Zarnikow und Spohn in der Friedrich-Wilhelms-Schule gefeiert. Herr Direktor Kleinsorge gedachte in der gemeinsamen Morgenandacht dankend der rastlosen Thätigkeit beider Jubilare in ihrem Berufe. Von den Schülern waren zwei Klassenzimmer festlich geschmückt, das Lehrerkollegium überreichte den Jubilaren zwei Delgemälde und ein Festmahl vereinigte die Festgenossen schließlich in der Loge zu den drei Zirkeln.

Durch Königl. Kabinettsordre vom 12. d. wird genehmigt, daß im Falle einer Mobilmachung während der Dauer des mobilen Zustandes 1) dem Stabsarzt in einer Oberstabsarztstelle und bei den Feld-Lazarethen ein Gehalt von 700 Thlr. jährlich, 2) dem Stabsarzt bei den Truppen ein Gehalt von 600 Thlr. jährlich und 3) dem Assistenzarzt in einer Stabsarztstelle ein Gehalt von 500 Thlr. jährlich gewährt werde.

Morgen, Dienstag, den 24. d., wird im Stadttheater und zwar unter gefälliger Mitwirkung des Tenoristen Herrn Johannes Schleich, der Koloratursängerin Fr. Frey, sowie des Herrn und der Frau Illenberger, ein Konzert der Pianistin Fräulein Marie Breidenstein stattfinden. Außer der Wiederholung der am Freitage mit so großem Beifall aufgenommenen Alpenscene: 's letzte Fensterl'n, der Aufführung eines Lustspiels und eines Vaudevilles enthält das Programm C. M. v. Weber's F-moll-Konzert und 'Najade' von Taubert, sowie eine Novität für Stettin: großes Konzert (C-moll) mit Orchesterbegleitung von William Sterndale-Bennett, des anerkannt bedeutendsten und talentvollsten Schülers Mendelssohn-Bartholdy's, und dürfte namentlich die letztgenannte Komposition für den musikalischen Kenner von unzweifelhaftem Interesse sein.

Von maßgebender Seite erhalten wir zur Berichtigung unserer Notiz, die wir der „Dd.-Ztg.“ entnahmen, die Mittheilung, daß bei einem Artilleristen in Folge der Schlägerei am Geburtstage Sr. Maj. des Königs eine Amputation eines Armes nicht stattgefunden hat, der Arm vielmehr, aller Wahrscheinlichkeit nach, erhalten werden wird.

Neustettin, 21. April. Am 1. d. M. gratulirte der hiesige konservative Verein dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zum Geburtstage mit folgendem Wunsche: „Unsere ehebetigsten Glückwünsche zum heutigen Tage! Gottes Segen und Beistand im Kampf für König und Vaterland!“ Hierauf ist von Sr. Excellenz die nachstehende Erwiderung eingegangen: „Für die mir mittelst Telegramm ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche sage ich dem konservativen Verein meinen verbindlichen Dank.“

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. April. Die letzte österreichische Depesche wurde preussischerseits, wie versichert wird, vorläufig mündlich dahin beantwortet, daß die Depesche Anhalt zur Verständigung biete und eine schriftliche Antwort baldigt nachfolgen werde. Herr v. Savigny wird heute aus Frankfurt erwartet.

Berlin, 22. April. Die Reise des Herrn v. Savigny nach Berlin ist noch verschoben. Die preussische Antwort auf die österreichische Depesche soll schon gestern Abend abgegangen sein, und sie soll sich dahin erklären: da die preussischen Rüstungen nur durch die österreichischen Truppen-Dislokationen an der Grenze hervorgerufen waren und nunmehr letztere fortzufallen sollen, so werde auch Preußen die verstärkten Truppentheile auf den früheren Stand zurückführen lassen. Sobald Preußen authentische Benachrichtigung darüber erhalten haben werde, in welchem Maße die österreichische Abrüstung erfolgt sei, werde es alsbald in demselben Maße Zug um Zug ein Gleiches thun.

Weimar, 21. April, Mittags. Der Staatsminister von Wagners hat sich zu der Konferenz der Minister der süd- und mitteldeutschen Staaten nach Augsburg begeben.

Frankfurt a. M., 21. April. Das „Frankfurter Journal“ enthält ein Telegramm aus Wien vom heutigen Tage, nach welchem dem Vernehmen nach die österreichische Finanzverwaltung das Domainengeschäft im Betrage von 60 Millionen Gulden mit einem aus Pariser Banquiers gebildeten Konsortium abgeschlossen habe.

Frankfurt a. M., 21. April, Abends. In der heutigen Sitzung stimmte Oesterreich für die Verweisung des preussischen Reformantrages an eine besondere, aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission; zugleich erklärte die österreichische Regierung ihre Bereitwilligkeit, auf eine Berathung der Bundesreform einzugehen. Der Kaiser habe die Nothwendigkeit derselben durch seine Initiative im Jahre 1863 bereits anerkannt und alle deutschen Regierungen, mit Ausnahme Preußens, hätten sich damals geeinigt. Preußen werde sich hoffentlich der Verpflichtung nicht entziehen, seine Vorschläge eben so bestimmt zu formuliren.

Auf die Motive des preussischen Antrages übergehend, erklärte die österreichische Regierung, daß Artikel 11 der Bundesakte und Artikel 19 der Wiener Schlussakte allen Bundesgenossen gleichen Schutz gewähre. Die Regierung wiederhole die von dem Kaiser von Oesterreich bereits in der Note vom 31. März gegebene Erklärung, daß er den Bundesfrieden nicht stören werde, und erwarte das Gleiche von Preußen. Nur wenn Achtung vor den Bundesgesetzen die oberste Norm für alle Regierungen bleibe, könne das Vertrauen wiederkehren, welches allein einen gedeihlichen Ausgang der Beratungen über die Bundesreform hoffen lasse.

Preußen bezog sich einfach auf die Motive seines Antrages. Nur Sachsen und Hannover gaben ausführlichere Erklärungen und zwar Sachsen, um die gegen den Bund gerichteten Vorwürfe zu entkräften, während Hannover namentlich die Wahrung des Bundesfriedens betonte. Die meisten anderen Regierungen stimmten einfach für die Verweisung an den Ausschuss.

Augsburg, 21. August. Heute Nachmittag 5 Uhr ist Herr v. d. Pforten hier eingetroffen. Mit den Abendzügen werden erwartet: v. Beust, v. Barnbüler, v. Edelsheim, v. Dalwigk, v. Wittgenstein, v. Wagners, v. Uttenhoben (Meiningen) und v. Seebach (Coburg). Zweck der Konferenz ist: Verständigung über den preussischen Antrag, damit wirklich eine Bundesreform daraus hervorgehe und Konflikte wie der eben beigelegte vermieden werden.

Augsburg, 22. April, Abends. Bei der hier tagenden Minister-Konferenz sind 9 deutsche Staaten vertreten. Heute haben zwei Sitzungen stattgefunden, morgen wird eine dritte stattfinden. Es ist einmütig beschlossen worden, den Antrag auf Reform zu unterstützen. Sobald Preußen den betreffenden Entwurf vorgelegt haben wird, soll die Konferenz sofort wieder zusammentreten.

München, 21. April, Abends. Der österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Blome, ist durch ein Telegramm nach Wien berufen worden.

London, 21. April. Die „Times“ schreiben: Mit Bedauern erfahren wir, daß im gestrigen, zu Schönbrunn abgehaltenen Ministerrathe der Kaiser und Graf Mensdorff gegen den Rath der anderen Minister die Abberufung des Grafen Karolyi beschloffen haben. Die Abreise des Frhrn. v. Werther ist, nachdem ihm dieser Entschluß mitgetheilt, unverzüglich zu erwarten. Die unmittelbare Ursache dieses Bruches soll gewesen sein, daß angeblich Graf Mensdorff nach Empfang der preussischen Antwort vom 15. d. Mts. die Wiederholung der österreichischen Forderung vom 7. telegraphirte, worauf vorgeföhren eine abermalige Weigerung eintraf. Der österreichische Kommandant Holsteins wurde gleichzeitig angewiesen, mit Zurücklassung einiger Kompagnien über Hamburg und Hannover zu reteriren. Die „Times“ erachtet diese übereilten Schritte als höchst bedenklich.

London, 21. April, Nachmittags. Gegenüber einem Artikel der heutigen „Times“, welcher in der deutschen Frage kriegerische Eventualitäten in nahe Aussicht stellte, ist der „Globe“ zu der Erklärung ermächtigt, die englische Regierung habe keine Nachricht erhalten, welche die beunruhigenden Mittheilungen der „Times“ als glaubwürdig erscheinen lasse.

Kopenhagen, 21. April. In der heutigen Sitzung des Reichsraths-Vollstehings wurde die Berathung des Budgets beendet. Die Bilanz der Ausgaben mit den Einnahmen ist ohne jede außergewöhnliche Maßregel hergestellt worden. Die Einnahmen des nächsten Finanzjahres betragen 20,202,156, die Ausgaben 20,171,701 Reichsdaler. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Fenger, sprach seine Befriedigung über die Finanzukunft des Landes aus, der der Finanzminister zustimmte.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 21. April, Nachmittags. Angelommene Schiffe: L. N. Hvidt (S.D.), Jensen von Rotterdam; Johanna Mariens Minde, Bentzen von Faaborg; Arve, Hoars von Bordeaux; Aurora, Kemp von Inverloch; Bergliot, Moberg von Bergen; Gide, Stambs von Midd-lesbro'; von Nagler, Mührer von Newcastle; Rüdard, Nicolsai; Veronica, Stephens; Treue, Siebert von Allport; Weatherstone William, Robinson von Sunderland. Letzte 6 löschen in Swinemünde. Wind: N. Strom eingehend. Revier 14 1/2 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. April. Witterung: klare Luft, Nachts — 2° R. Temperatur: + 8° R. Wind: ND.

Weizen fester, loco per 85 Pfd. gelber 62—68 1/2 R. bez. mit Auswuchs 42—59 R. bez., 83—85 Pfd. gelber Frühjahr 67 R. bez., Mai-Juni 66 1/2, 2/3 R. bez. u. Br., Juni-Juli 68, 68 1/2, 1/2 R. bez., Juli-August 69, 69 1/2 R. bez., 69 Gd., September-Oktober 67 1/2, 2/3 R. bez. u. Gd.

Roggen fest und etwas höher, in loco und schwimmenden Ladungen großer Umlauf, pr. 2000 Pfd. loco 44 1/2—45 1/2 R. bez., Frühjahr 44 1/2, 2/3 R. bez., Mai-Juni 44 3/8, 1/8 R. bez., Juni-Juli 46 3/8, 1/8, 46 R. bez., Br., u. Gd., Juli-August 45 3/8, 46 1/8 R. bez., September-Oktober 45, 45 1/2 R. bez. u. Gd., Oktober-November 45 R. bez.

Gerste loco per 70 Pfd. pomm. schwere 39 R. bez., schles. 39—42 R. bez., Frühlj. 69—70 Pfd. schles. 44 R. bez. u. Br.

Safer loco per 50 Pfd. 27 1/2—28 1/2 R. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 29 1/2 R. bez. u. Br.

Erbsen loco Koch- 51—53 R. bez., Futter- 48—49 R. bez., Frühlj. Futter- 51, 50 1/2 R. bez., 1/2 R. Br.

Rübsöl fester, loco 16 1/2 R. Br., April-Mai 15 1/2 R. Gd., 15 3/4 R. Br., September-Oktober 12 R. bez., Br. u. Gd., Oktober-November 12 1/2 R. bez.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 13 22/3 R. bez., mit Faß 13 19/32 R. bez., Frühjahr 13 3/8 R. bez., April-Mai 13 22/3, 21, 14 R. bez., Juni-Juli 14 1/2 R. bez., Juli-August 14 3/8 R. Br. u. Gd.

Angemeldet: 200 Wisp. Weizen, 100 Wisp. Gerste, 200 Wisp. Safer, 150 Wisp. Erbsen.

Berlin, 23. April, 2 Uhr 2 Min. Nachmittags. Staatsschuldcheine 85 1/2 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 98 3/8 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 133 1/2 bez. Stargard-Pofener Eisenbahn-Aktien 94 3/8 bez. Dester. National-Anleihe 59 bez. Pomm. Pfandbriefe 91 1/2 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 171 Br. Amerikaner 6 3/8, 75 3/8 bez.

Roggen Frühjahr 44 1/2, 1/8 bez., Mai-Juni 44 3/8 bez., 1/8 Br., Juni-Juli 45 3/8 bez., 1/8 Br. Rübsöl loco 16 1/2 Br., April-Mai 15 3/8, 1/2 bez., Mai-Juni 14 1/2 bez., September-Oktober 12 1/2, 12 bez. Spiritus loco 14 1/2 bez., April-Mai 14 1/2, 1/8 bez., Mai-Juni 14 3/8, 1/2 bez., Juni-Juli 14 19/32, 2/3 bez.

Hamburg, 21. April. Getreidemarkt. rubi, loco matt, auf Termine flau, geschäftslos. Weizen pr. April-Mai 5400 Pfd. netto 112 Blothlr. Br., 111 1/2 Gd., pr. Juli-August 113 Br., 112 1/2 Gd. Roggen per April-Mai 5000 Pfd. netto 77 Br. u. Gd., pr. Juli-August 78 Br., 77 Gd. Del matt, pr. Mai 32 3/8—1/4, pr. Oktober 25 1/2—3/8. Raffee ohne Kaufkraft. Zink geschäftslos, flau.

Amsterdam, 21. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen flau, pr. Mai 165—164, pr. Oktober 175—174. Rapps pr. Oktober 66.

Stettin, den 23. April.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	—
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5
Hamburg	...	6 Tag.	152 bz u. G	Used. - Wollin.	—
"	...	2 Mt.	150 3/4 bz	Kreis-Oblig.	5
Amsterdam	...	8 Tag.	143 G	St. Str.-V.-A.	4
"	...	2 Mt.	142 B	Pr. Nat.-V.-A.	4
London	10 Tag.	—	Pr. Sec.-Assec.	—
"	3 Mt.	6 21 1/8 bz u. B	Comp.-Act.	4
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4
"	2 Mt.	80 1/2 bz	Union	4
Bordeaux	...	10 Tg.	—	St.Sp.-ich.-Act.	5
"	...	2 Mt.	—	V.-Ppeich.-A.	5
Bremen	...	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—
"	...	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5
St. Petersburg	...	3 Wch.	—	N. St. Zucker-	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—
Preuss. Bank	5	Lomb. 6 1/2 %	—	Fabrik-Anth.	4
Sts.-Anl. 5457	4 1/2	—	—	Bredower	4
"	5	—	—	Walzmühl.-A.	5
St.-Schldsch.	3 1/2	—	—	St. Portl.-Cem.	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	—	Fabrik	4
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	—	—	Stett. Dampf-	—
"	4	—	—	Schlepp-Ges.	5
"	4	—	—	Stett. Dampf-	—
Rentenb.	4	—	—	schiffs-Verein	5
Ritt. P.P.B.A.	—	—	—	N. Dampfer-C	4
à 500 Rtl.	—	—	—	Germania	4
Berl.-St. Eis.	—	—	—	Vulkan	4
Act. Lt. A. B.	4	—	—	Stett. Dampf-	—
"	4	—	—	mühlen-Ges.	4
"	4 1/2	—	—	Pommerensd.	—
Starg.-P.E.A.	3 1/2	—	—	Chem. Fabrik	4
"	4 1/2	—	—	Chem. Fab.-Ant.	4
Stett. Stdt.-O.	4 1/2	—	—	Stettin. Kraft-	—
Stett. Börsh.	—	—	—	Dünger-F.A.	—
Obligationen	4	—	—	Gemeinnützige	—
St. Schausp.	—	—	—	Bauges.-Anth.	5
Obligationen	5	—	—		